

Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber, Asylberechtigte und De-facto-Flüchtlinge in Freiburg i. Br. 1996

Weltweit waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Hunger, Armut, mangelnde Zukunftsperspektiven, Krieg, politische oder religiöse Verfolgung sind die Hauptursachen für die Entscheidung, die Heimat zu verlassen. Allerdings führt die Flucht nicht, wie man leicht vermuten könnte, unbedingt in die reichen Länder, sondern die meisten Flüchtlinge bleiben aus Mangel an Geld und Informationen, aber auch aus Angst vor dem Fremden und Ungewissen meist auf dem Kontinent, aus dem sie stammen. Die häufigsten Fluchtziele sind die Nachbarländer. Von den meisten Krisenherden in anderen Kontinenten ist Europa deshalb wenig berührt.

Die Bundesrepublik ist nach wie vor ein bevorzugtes Land für Flüchtlinge, insbesondere aus Osteuropa, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Gründe sind die geographische Nähe, die bis Ende 1994 relativ leichten Zugangsbedingungen der Bundesrepublik und die wirtschaftliche Situation.

Entwicklung der Zahl der Asylbewerber seit 1987 und der Bürgerkriegsflüchtlinge seit 1992
in Freiburg i. Br.

Jahr	Asylbewerber	Bürgerkriegs- flüchtlinge ¹⁾
1987 (1. Januar)	639	
1988 (1. Januar)	813	
1989 (1. Januar)	992	
1990 (1. Januar)	788	
1991 (1. Januar)	847	
1992 (1. Januar)	1 316	338
1992 (1. Juli)	1 599	338
1993 (1. Januar)	1 544	698
1993 (1. Juli)	1 553	926
1994 (1. Januar)	1 589	1 449
1994 (1. Juli)	1 354	1 637
1995 (1. Januar)	1 257	1 682
1995 (1. Juli)	1 226	1 798
1996 (1. Januar)	1 047	1 870
1996 (31. Juli)	945	1 874

Quelle: Statistik der Ausländerbehörde der Stadt Freiburg i. Br.

¹⁾ Aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Bei der Zahl und der Struktur der Asylbewerber der Stadt Freiburg muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Zuweisung in Baden-Württemberg durch Zuweisungsquoten geregelt ist.

Um das Ausmaß der Flüchtlingsbewegung zu erkennen, muß man Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge zusammen betrachten. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, die bei weitem die Mehrheit der Flüchtlinge stellen, entweder den Status des Asylbewerbers oder den des Bürgerkriegsflüchtlings annehmen können. Die zahlenmäßige Entwicklung beider Gruppen hängt deshalb auch eng zusammen.

Bei den Asylbewerbern erkennt man eine starke Zunahme in den Jahren 1991/92. Da das Anerkennungsverfahren in der Regel längere Zeit dauert, blieb die Zahl der Asylbewerber auch nach Einschränkung des Asylrechts noch lange auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Erst in jüngster Zeit sind die Zahlen rückläufig. Die Zuwanderung ist merklich zurückgegangen.

Anders läuft die Entwicklung bei den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Zahl steigt unablässig. Mittlerweile leben in Freiburg 1 874 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die den Status des Bürgerkriegsflüchtlings haben. Hinzu kommen noch 258 Asylbewerber aus Restjugoslawien und 36 aus Bosnien-Herzegowina. Weitere größere Flüchtlingsgruppen stammen aus der Türkei (245 Personen), dem Libanon (95 Personen), Afghanistan (46 Personen), Pakistan (30 Personen), Sri Lanka (24 Personen), Syrien (22 Personen), Bangladesch (18 Personen) und Algerien (16 Personen).

Asylbewerber, Asylberechtigte, De-facto-Flüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge unterscheiden sich nach ihrem Aufenthaltsstatus. Am unsichersten und, in der Mehrzahl der Fälle, am kürzesten ist die Aufenthaltsdauer der Asylbewerber. Asylberechtigte haben als einzigste Gruppe ein gesichertes Recht, dauerhaft zu bleiben.

Am 31.7.1996 waren in Freiburg ca. 800 Asylberechtigte und rund 650 abgelehnte Asylbewerber mit Bleiberecht (sogenannte De-facto-Flüchtlinge) registriert. Die wichtigsten Herkunftsländer der Asylberechtigten: Iran (155 Personen), Afghanistan (109 Personen), Irak (88 Personen), ehem. Jugoslawien (85 Personen), Albanien (74 Personen), Türkei (70 Personen), Äthiopien (32 Personen), Rumänien (31 Personen), Vietnam (24 Personen) und ehem. CSSR (23 Personen).

Bei den De-facto-Flüchtlingen dominieren: Libanesen (310 Personen), Rumänen (100 Personen), Palästinenser (90 Personen), Afghanen (50 Personen), Türken (30 Personen) und Iraner (30 Personen).

R. Tressel